

Ortsbeirat Allendorf

Geschäftsstelle Ortsbeiräte
Auskunft erteilt: Frau Braungart
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1075
Telefax: 0641 306-2700
E-Mail: ortsbeiraete@giessen.de

Datum: 28.03.2018

N i e d e r s c h r i f t

der 10. Sitzung des Ortsbeirates Allendorf

am Dienstag, dem 13.03.2018,

im „Grünen Salon,, der Mehrzweckhalle, Untergasse 34, 35398 Gießen-Allendorf.

Sitzungsdauer: 20:02 - 23:02 Uhr

Anwesend:

Ortsbeiratsmitglieder der SPD-Fraktion:

Herr Thomas Euler Ortsvorsteher
Herr Tobias Blöcher
Frau Monika Heep
Frau Beate Karl
Herr Christian Schneider

Ortsbeiratsmitglieder der FW-Fraktion:

Herr Gerd Euler
Frau Marion Viehmann

Ortsbeiratsmitglieder der CDU-Fraktion:

Herr Dirk Steinmüller (ab20:47 Uhr)

Ortsbeiratsmitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Volker Arnold

Vom Magistrat:

Frau Dietlind Grabe-Bolz Oberbürgermeisterin (bis 20:46 Uhr)
Frau Gerda Weigel-Greilich Bürgermeisterin
Herr Wolfgang Sahmland Stadtrat

Stadtverordnete:

Herr Egon Fritz Stadtverordnetenvorsteher (bis 20:46 Uhr)
Herr Hans Heller

Von der Verwaltung:

Herr Thomas Röhmel Leiter des Gartenamtes (bis 22:24 Uhr)

Für die Geschäftsstelle der Ortsbeiräte:

Frau Andrea Allamode Stellv. Schriftführerin

Gäste/Sachverständige:

Herr Torsten Wewel Garten- und (bis 22:24 Uhr)
Landschaftsarchitektur

Ortsvorsteher Euler eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ortsbeirat beschlussfähig ist. Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Er schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 4 und 5 (Vorstellung der Planungen für die Grünanlage im Neubaugebiet Allendorf/Lahn und Antrag Bericht über Planänderungen und über den Zeitplan hinsichtlich des Neubaugebietes „Ehrsamer Weg“) in der Beratung vorzuziehen und als TOP 2 und 2.1 zu behandeln. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Ortsvorsteher Euler weist daraufhin, dass für die in der Einladung als Tagesordnungspunkte 11 bis 13 vorgesehenen Vorlagen (STV/0901/2018, STV/1004/2018 und STV/1006/2018) die nichtöffentliche Behandlung beantragt ist. Er fragt, ob es Einwände gegen die nichtöffentliche Behandlung gibt.

Es werden keine Einwände erhoben.

Weitere Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Die Tagesordnung wird mit der genannten Änderung einstimmig beschlossen.

Tagesordnung (öffentliche Sitzung):

1. Verabschiedung des langjährigen Kommunalpolitikers Hans Wagner
2. Vorstellung der Planungen für die Grünanlage im Neubaugebiet Allendorf/Lahn
- 2.1. Bericht über Planänderungen und über den Zeitplan OBR/0997/2018
hinsichtlich des Neubaugebietes "Ehrsamer Weg"
- Antrag der SPD-Fraktion vom 17.12.2017 -
3. Genehmigung der Niederschrift über die 09. Sitzung des Ortsbeirates am
07.11.2017
4. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 5. | Befestigung des restlichen Teils des Festplatzes
- Antrag der SPD-Fraktion vom 29.11.2017 - | OBR/0996/2018 |
| 6. | Lageraum für die Vereinsgemeinschaft Allendorf/Lahn
- Antrag der SPD-Fraktion vom 23.01.2018 - | OBR/1032/2018 |
| 7. | Biodiversität erhalten - kein Glyphosat auf städtischen
Flächen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 23.01.2018 - | OBR/1036/2018 |
| 8. | Freier Zugang zum Eingangsbereich vor der
Mehrzweckhalle
- Antrag der SPD-Fraktion vom 21.02.2018 - | OBR/1039/2018 |
| 9. | Mitteilungen und Anfragen | |
| 10. | Bürgerfragestunde | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Verabschiedung des langjährigen Kommunalpolitikers Hans Wagner

Hans Wagner wird für seine langjährige ehrenamtliche Tätigkeit als Kommunalpolitiker (33 und Jahre und vier Monate) durch Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz und Ortsvorsteher Euler verabschiedet.

Die Rede von Ortsvorsteher Euler ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

2. Vorstellung der Planungen für die Grünanlage im Neubaugebiet Allendorf/Lahn

Die Tagesordnungspunkte 2 und 2.1 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Herr Röhmel, Leiter des Garten- und Friedhofsamtes, und **Herr Wewel**, Landschaftsarchitekt, stellen die Vorplanungen für die Grünanlage im Neubaugebiet „Ehrsamer Weg“ vor. Drei Skizzen/Ansichten sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Fragen der Ortsbeiratsmitglieder und anwesender Bürger des Neubaugebietes (während einer Sitzungsunterbrechung) werden von Herrn Röhmel, Herrn Wewel und Bürgermeisterin Weigel-Greilich beantwortet.

Eine Anmerkung eines Bürgers während der Sitzungsunterbrechung wird nach Wiedereintritt in die Sitzung **von Ortsvorsteher Euler zu Protokoll gegeben:**

„Ein Bürger fordert, dass in der Straße Altes Gericht - zwischen dem Kreisel und der ersten Abbiegung der Straße Gerichtsspitz, wo praktisch schon alle Häuser erbaut sind, eine Geschwindigkeitsbegrenzung angelegt wird.“

Abschließend stellt Ortsvorsteher Euler folgenden Beschluss zur Abstimmung:

„Der Ortsbeirat bittet den Magistrat, aus dem gesamten Straßennetz des Baugebietes Allendorf-Nord eine verkehrsberuhigte Zone (Spielstraße) einzurichten, auch der Bereich vom Kreisel bis zur ersten Einmündung.“

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

2.1. Bericht über Planänderungen und über den Zeitplan hinsichtlich des Neubaugebietes "Ehrsamer Weg" - Antrag der SPD-Fraktion vom 17.12.2017 - **OBR/0997/2018**

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten,

1. dem Ortsbeirat Gießen-Allendorf/Lahn darzustellen, welche Umplanungen sich bei dem Neubaugebiet „Ehrsamer Weg“ seit dem beschlossenen Bebauungsplan ergeben haben.
2. dem Ortsbeirat Gießen-Allendorf/Lahn mitzuteilen, welcher Zeitplan für die weiteren Umsetzungen vorgesehen ist
 - a) Straßen- und Bürgersteig und Parkflächenausbau
 - b) Anlegen eines Spielplatzes
 - c) Anlegen eines Parks
 - d) Sperrung der Durchfahrt zwischen Gerichtsspitz und Ehrsamer Weg
 - e) Weitere Planungsdetails.“

Begründung:

Seit der Bebauungsplan „Ehrsamer Weg“ durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde, sind einige Änderungen in planerischer Sicht vorgenommen worden. Dazwischen liegen jetzt mehrere Jahre und zahlreiche Bauten und Einzüge. Der Ortsbeirat sollte gut informiert sein, weil nunmehr vermehrt Fragen wegen der Umsetzung einzelner Maßnahmen auftauchen. Es wäre schön, wenn bereits zur Ortsbeiratssitzung am 06. März 2018 ein entsprechender Bericht vorliegen würde, der dann diskutiert werden kann.

Herr Blöcher trägt den Antrag für die SPD-Fraktion vor.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich beantwortet die Fragen a), d) und e). Die Fragen b) und c) wird durch TOP 2 erledigt.

Beratungsergebnis:

Die antragstellende Fraktion erklärt den Antrag durch die zuvor gegebenen Informationen für erledigt.

3. Genehmigung der Niederschrift über die 09. Sitzung des Ortsbeirates am 07.11.2017

Beratungsergebnis:

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Form einstimmig genehmigt.

4. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen

Es wird nichts vorgetragen – bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

**5. Befestigung des restlichen Teils des Festplatzes OBR/0996/2018
- Antrag der SPD-Fraktion vom 29.11.2017 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten, mittelfristig auch den restlichen Teil des Festplatzes vor dem Mehrzweckgebäude zwischen den beiden befestigten Teilen ökologisch zu befestigen. Kurzfristig sollen die vielen Schlaglöcher auf dem bislang unbefestigten Teil des Festplatzes aufgefüllt werden.“

Begründung:

Auf Initiative des Ortsbeirates Gießen-Allendorf/Lahn wurde vor einigen Jahren als Kompromiss zumindest ein Teil des Festplatzes befestigt. Dies hat sich sehr bewährt. Auf dem bislang nicht befestigten Teil müssen aber in jedem Jahr die Schlaglöcher aufgefüllt werden, was auch alljährlich Kosten verursacht. Deshalb sollte nun auch der Rest des bislang unbefestigten Teils des Festplatzes befestigt werden, denn dieser Festplatz wird nicht nur für Veranstaltungen auf dem Sportgelände oder bei Festen, sondern bei jeder größeren Veranstaltung in der Mehrzweckhalle genutzt.

Frau Heep trägt den Antrag und die Begründung für die SPD-Fraktion vor.

Ortsvorsteher Euler teilt mit, dass am Trafohäuschen am Festplatz wahrscheinlich eine E-Ladestelle eingerichtet wird. Hierzu fand kürzlich ein Ortstermin statt.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**6. Lagerraum für die Vereinsgemeinschaft Allendorf/Lahn OBR/1032/2018
- Antrag der SPD-Fraktion vom 23.01.2018 -**

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten,

1. zu prüfen, ob in den bereits vorhandenen vier Fertiggaragen am Festplatz und gegebenenfalls in der Mehrzweckhalle noch Platz genug ist, um den benötigten Lagerraum für die Vereinsgemeinschaft Allendorf/Lahn zu schaffen,
2. wenn hier keine Kapazitäten mehr vorhanden sein sollten, eine weitere Fertiggarage aufzustellen.“

Begründung:

In zwei der vier genannten Fertiggaragen hat die Stadt Gießen (Gartenamt und Stadtreinigungs- und Fuhramt) zwei Garagen für Gerät in Nutzung, eine dritte Garage dient dem Turn- und Sportverein Allendorf/Lahn und eine weitere der Burschenschaft "Wilde Wätz". Die Vereinsgemeinschaft und ihre Vereine (gerade die Mädchenschaft "Wilde Hexen", die Karnevalfreunde Allendorf/Lahn und der Männergesangsverein 1881 "Einheit") haben wertvolle Utensilien, die für alljährlichen Feste genutzt werden. Sie benötigen dafür 25 m² Fläche. Bevor es an finanziellen Mitteln scheitert, sollten zuvor Socialsponsoring und eine Beteiligung der Vereine geprüft werden.

Der Antragstext und die Begründung werden von **Herrn Schneider**, SPD-Fraktion, vorgetragen.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

7. Biodiversität erhalten - kein Glyphosat auf städtischen Flächen **OBR/1036/2018**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 23.01.2018 -

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten,

1. dafür Sorge zu tragen, dass grundsätzlich auf öffentlichen Flächen glyphosat-haltige Herbizide nicht mehr eingesetzt werden und dies auch auf den Grundstücken städtischer Gesellschaften unterbunden wird.
2. beim Abschluss neuer Pachtverträge für städtische landwirtschaftliche Flächen und bei der Verlängerung von Pachtverträgen eine Klausel einzufügen, mit der sich der Pächter zum vollständigen Verzicht auf den Einsatz von glyphosathaltigen Mitteln auf diesen Flächen verpflichtet. Diese Klausel soll auch zum Tragen kommen, wenn eine automatische Verlängerung des Pachtvertrages vorgesehen ist.
3. dafür Sorge zu tragen, dass städtische Einrichtungen, die Informations- und Beratungsleistungen im Zusammenhang mit privater Gartenpflege erbringen, nachdrücklich auf den Verzicht auf glyphosathaltiger Mittel einwirken und Informationen zur Pflege von Haus- und Kleingärten ohne den Einsatz von Glyphosat bereitstellen.“

Begründung:

Nach Angaben der Krebsforschungsagentur (IARC) der Weltgesundheitsorganisation gilt Glyphosat als "wahrscheinlich krebserregend", andere Institute sehen entgegen

keine Gefahr für den Mensch. Fakt ist: Glyphosat gehört zu den am besten erforschten Pestiziden. Fakt ist auch: in der Pflanzen- und Tierwelt richtet das Unkrautbekämpfungsmittel erheblichen Schaden an. Vor allem die Biodiversität leidet unter dem Einsatz von Glyphosat, da es nicht selektiv, sondern unterschiedslos auf den Stoffwechsel aller Pflanzen einwirkt. Das Bundesumweltamt sorgt sich deshalb um die Vernichtung von Kräutern, Wildblumen und Gräsern auf Ackerflächen. Denn damit wird Insekten und anderen Tieren die Lebensgrundlage entzogen. Dies widerspricht den Zielen der Stadt Gießen, die sich nachdrücklich durch ihre Erklärung zur Biodiversität für den Erhalt von Tier- und Pflanzenarten in der Kulturlandschaft einsetzt.

Glyphosat kann über Ausschwemmung und Versickerung auch das Oberflächen- und Grundwasser belasten. Die Wirkstoffe gelangen über die Trinkwassergewinnung zurück zum Verbraucher. Somit sind gesundheitliche Belastungen nicht mehr auszuschließen. Auch der Schutz des Trinkwassers hat für Gießen eine herausragende Bedeutung. Ein Glyphosatverzicht kann aber auch bedeuten, dass auf den landwirtschaftlichen Flächen ein höherer Aufwand für die Bodenbearbeitung nötig wird. Das ist aber im Sinne der Biodiversität verkraftbar.

Seit einigen Jahren ist eine lebhaft geführte Debatte über das Verbot von Glyphosat in Gang: Bereits 2013 hat sich der Bundesrat dafür ausgesprochen, glyphosathaltige Herbizide im Haus- und Kleingartenbereich zu verbieten. Auf Landesebene ist der Einsatz von Glyphosat seit 2016 per Erlass des Hessischen Umweltministeriums auf öffentlichen Flächen (z. B. Wege und Plätze) außerhalb land-, forstwirtschaftlich und gärtnerisch genutzten Flächen stark eingeschränkt. In Deutschland haben bekannte Garten-Landschaftsbaumärkte Glyphosatprodukte aus ihrem Sortiment genommen. Aber immer noch sind aktuell 37 Pflanzenschutzmittel von 12 Firmen mit Glyphosat zugelassen, die unter 105 Handelsnamen häufig sogar online vermarktet werden. Befürchtet wird, dass glyphosathaltige Unkrautvernichtungsmittel z. B. im privaten, kleingärtnerischen Bereich noch zu häufig und dann oft unsachgemäß angewandt werden. Die Zulassung des Total-Herbizids Glyphosat durch den EU-Ministerrat um weitere fünf Jahre hat fatale Folgen für die Tier- und Artenvielfalt sowie den Gewässerschutz. Gesundheitliche Nachteile für den Menschen können nach wie vor nicht ausgeschlossen werden. Daran wird auch die EU-Recht vorgeschriebene Überprüfung der Zulassung und der Anwendungsbedingungen solcher Projekte auf Ebene der Mitgliedsstaaten ab 2019 nichts ändern.

Erfreulicherweise hat Frankreich bereits angekündigt, in spätestens drei Jahren Glyphosat zu verbieten. Über die unrühmliche Rolle des geschäftsführenden Bundeslandwirtschaftsministers Schmidt in dieser Frage, der sich über die Haltung der geschäftsführenden Bundesumweltministerin Hendricks und der Richtlinien der geschäftsführenden Bundesregierung hinwegsetzte, wollen wir erst gar nicht sprechen.

Gießen hat es im Sinne des Vorsorgeprinzips nun selbst in der Hand, die Anwendung von glyphosathaltigen Pflanzgiften im öffentlichen, privaten und kommerziellen Bereich so weit wie möglich einzuschränken.

Frau Karl, SPD-Fraktion, trägt den Antragstext und die Begründung vor.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

8. **Freier Zugang zum Eingangsbereich vor der Mehrzweckhalle**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 21.02.2018 -

OBR/1039/2018

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten, auf dem Parkplatz vor der Mehrzweckhalle Gießen-Allendorf/Lahn die Parkfläche direkt vor dem frontalen Zugangsweg zum Eingangsbereich der Mehrzweckhalle mit einem Parkverbot zu kennzeichnen oder anderweitig zu sperren.“

Begründung:

Ein Fußgängerweg sollte ohne besondere Hindernisse und Schwierigkeiten zu begehen sein. Wenn auf benannter Parkfläche ein Auto parkt, ist es für Fußgänger nicht mehr möglich, den Fußweg zu betreten ohne dabei über die Wiese zu laufen.

Den Antragstext und die Begründung trägt **Herr Blöcher**, SPD-Fraktion, vor.

An der Diskussion beteiligen sich Frau Karl, Herr Steinmüller und Stadtverordneter Heller.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich beschlossen (Ja: SPD, FW, GR; Nein: CDU).

9. **Mitteilungen und Anfragen**

Ortsvorsteher Euler informiert, dass am 12.03.2018 in der Gießener Allgemeinen Zeitung zu lesen war, dass auf einer Länge von neun Kilometern die neue Gasleitung zwischen Gießen-Kleinlinden und Hüttenberg-Weidenhausen unterirdisch verlegt wird.

Des Weiteren informiert **Ortsvorsteher Euler** über den aktuellen Stand zum Wildbienenprojekt, zum Quartiersbezogenen Seniorenwohnen und zur Sanierung Mehrzweckhalle.

Außerdem teilt er mit, dass das Dorffest der Vereinsgemeinschaft am 09.06.2018 im Neubaugebiet Allendorf-Nord stattfindet.

Ortsvorsteher Euler merkt an, im letzten Jahr habe der Ortsbeirat um Informationen zur Vergabep Praxis für die Mehrzweckhalle durch die Stadthallen GmbH gebeten, als wegen des Landesparteitages der AfD der TSV Allendorf den Ortssporttag absagen musste. Die Antwort zu dem Beschluss vom 09.05.2017 stehe noch aus, es wird um Erledigung gebeten.

Des Weiteren bittet der Ortsbeirat die Stadthallen GmbH, den Appell des Ortsbeirates an den AfD Kreisverband und Landesverband weiterzuleiten, sich für zukünftige Veranstaltungen auch nach anderen Tagungsorten umzusehen, da

Allendorf aufgrund der vielen AfD-Veranstaltungen einseitig belastet sei. So falle überdurchschnittlich häufig der Schul- und Vereinssport aus. Im Umkreis gebe es durchaus andere Ortschaften mit großen Mehrzweckhallen bzw. Bürgerhäusern.

Frau Viehmann, FW-Fraktion, teilt mit, dass noch immer Kunststoffweidezäune und Stacheldraht in der Gemarkung Allendorf vorhanden sind und fragt nach, ob diese bei der Begehung übersehen wurden.

Frau Viehmann, FW-Fraktion, erinnert an den Beschluss des Ortsbeirates, dass auf der südlichen Seite der Allendorfer Straße eine Wegebefestigung hergestellt wird. Der Ortsbeirat mahnt eine Ortsbesichtigung an.

10. Bürgerfragestunde

Es wird nichts vorgebracht.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

Die nächste Sitzung des Ortsbeirates findet am Dienstag, **22. Mai 2018**, um 20:00 Uhr statt. **Antragsschluss** beim Ortsvorsteher ist Sonntag, 13.05.2018, 08:00 Uhr.

DER VORSITZENDE:
(TOP 1 – 10)

(gez.) T. Euler

DIE STELV. SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) Allamode

DER VORSITZENDE:
(TOP 11 – 13)

(gez.) G. Euler